

„Erinnerungskultur unter Druck. Die Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen in Zeiten des weltweiten Rechtsrucks“

Vortrag Prof. J. Chr. Wagner (Saarbrücken, 9.2.2026)

Die Arbeit an Gedenkstätten für die Opfer der NS-Verfolgung durchläuft derzeit nicht nur in Deutschland, sondern weltweit einen vierfachen Transformationsprozess:

Erstens ist das seit den 1990er Jahren vorhergesagte Ende der Zeitzeugenschaft nun tatsächlich eingetreten: Es gibt kaum noch Menschen, die als Zeugen über die NS-Verbrechen berichten können. Für die Zielgruppe dieser Berichte, junge Besucher von Gedenkstätten, rückt die NS-Zeit immer weiter in die Ferne. Sie empfinden die oft vorgebrachte Aufforderung, sich an etwas „erinnern“ zu sollen, was selbst ihre Großeltern nicht mehr direkt erlebt haben, als moralisch aufgeladenen und überfordernden Appell. Man sieht förmlich den erhobenen Zeigefinger: „Erinnert euch!“

Zweitens verändert die Digitalisierung radikal die Art und Weise von Wissenserwerb und Meinungsbildung. Fake News und Fake History werden nicht mehr nur an analogen Stammtischen, also mit begrenzter Reichweite, verbreitet, sondern über soziale Medien und in den entsprechenden Echokammern, was zu einer raschen Verbreitung von Geschichtsrevisionismus und Holocaustverfälschung oder gar -leugnung sowie zu politischer Radikalisierung führt.

Drittens leben wir in einer Migrationsgesellschaft, nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. Viele Besucher deutscher Gedenkstätten haben keinen persönlichen oder familiären Bezug zur NS-Zeit, aber sie haben Erfahrungen mit Verfolgung in anderen Ländern. Um erfolgreich zu arbeiten, müssen sich Gedenkstätten auch mit anderen Verbrechen von Gesellschaften und Regimes auseinandersetzen, ohne dabei die deutschen Verbrechen, insbe-

sondere die der NS-Zeit, zu relativieren oder ihre Opfer zu instrumentalisieren.

Viertens, und das hängt eng mit den Punkten 1 und 2 zusammen, erleben wir seit einigen Jahren weltweit einen dramatischen Rechtsruck. Die Attraktivität der westlichen liberalen Demokratie hat erheblich abgenommen. Illiberale, autokratische und nationalistische Bewegungen gewinnen weltweit an Boden.

In den Vereinigten Staaten erleben wir derzeit den rasanten Wandel der Demokratie zur Autokratie; in Viktor Orbáns Ungarn ist dies bereits vor Jahren geschehen; in Russland regiert Putin fast wie ein diktatorischer Autokrat; in Italien regiert eine Postfaschistin, in Schweden und Israel sind Rechtsextreme an der Regierung beteiligt; in Frankreich könnte Marine Le Pen die nächste Präsidentin werden; und in Teilen Deutschlands und Österreichs liegen die rechtsextremen Parteien AfD und FPÖ derzeit bei über 40 Prozent in den Umfragen.

Das Ergebnis dieser Entwicklung ist ein grundlegender globaler erinnerungspolitischer Klimawandel. Ich beobachte mit Sorge den weltweiten Trend, Geschichte für aktuelle politische Zwecke zu missbrauchen. Lassen Sie mich einige Beispiele nennen:

In den Vereinigten Staaten unterzeichnete Präsident Trump im April 2025 ein Dekret, das Museen verpflichtet, den Nationalstolz zu fördern. Belastende Aspekte der Geschichte, wie beispielsweise die Sklaverei, sollen heruntergespielt werden.

In Chile wiederum führte die politische Rechte im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen Ende letzten Jahres Wahlkampf mit Positionen, die Pinochets Militärputsch vom September 1973 und die nachfolgende Diktatur rechtfertigen. Vor fünf oder zehn Jahren wäre dies undenkbar gewesen. Und sie kam

damit bei den Wähler:innen an. 60 Prozent votierten in der Stichwahl im Dezember 2025 für den rechtsextremen Kandidaten Jose Antonio Kast, Sohn eines Wehrmachtsoffiziers. Er wird sein Amt am 11. März antreten, exakt 52 ½ Jahre nach dem Putsch vom 11. September 1973.

Die aggressivsten Verfechter dieses Trends sind derzeit Wladimir Putin und russische Ideologen wie Alexander Dugin, der neurechte Vordenker des russischen Imperialismus. Wir alle erinnern uns wahrscheinlich noch mit Entsetzen an Putins Fernsehansprache vom 21. Februar 2022, drei Tage vor dem Einmarsch in die Ukraine, in der er sich als Russlands Chefhistoriker präsentierte und mit kruden Theorien und bewusster Geschichtsfälschung versuchte, die Zugehörigkeit der Ukraine zu Russland historisch zu legitimieren.

In der Ukraine hingegen ehren zahlreiche Gemeinden und in einigen Fällen sogar der Staat selbst den nationalistischen Politiker der 1930er und 1940er Jahre Stepan Bandera für seinen angeblichen Befreiungskampf mit Denkmälern und Gedenktafeln, wobei sie die Tatsache ignorieren, dass er ein radikaler Antisemit und vorübergehender NS-Kollaborateur war.

Im benachbarten Polen wiederum unternahm die nationalkonservative PIS-Regierung massive Anstrengungen, unter anderem durch gesetzliche Regelungen, um eine kritische Geschichtsschreibung über die polnische Kollaboration bei der deutschen Politik der Judenvernichtung und über den polnischen Antisemitismus im Allgemeinen zu verhindern.

Besonders massiv waren die Eingriffe im Fall des Museums des Zweiten Weltkriegs in Danzig. Ich erinnere mich auch mit Entsetzen an den polnischen Generalkonsul in Hamburg, Piotr Golema, der 2018 bei einer Veranstaltung in der Gedenkstätte Bergen-Belsen in NS-Diktion behauptete, es habe nach 1945 in Polen keine antisemitischen Pogrome gegeben, höchstens lokal begrenzten „Volkszorn gegen jüdisch-bolschewistische Kommissare“.

Auch im Konflikt zwischen Israel und Palästina beobachten wir den politischen Missbrauch der Geschichte. Nach dem terroristischen Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023 stellten pro-israelische Stimmen wiederholt historisch unzutreffende Gleichsetzungen zur Shoah an. Und im Kampf gegen den Islamismus setzt die rechtsgerichtete Regierung auf die Unterstützung der globalen Rechtsextremen. So lud sie etwa im März 2025 die Crème de la Crème der europäischen Rechtsextremen zu einer Antisemitismuskonferenz nach Jerusalem ein.

Pro-palästinensische Gruppen hingegen werfen dem israelischen Militär vor, einen neuen Holocaust im Gazastreifen zu begehen, und suggerieren damit, dass die Opfer der Vergangenheit die Täter von heute seien. Diese Interpretation zeigt sich beispielsweise in einem Vorfall bei der Gedenkfeier zum 80. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald im April dieses Jahres. In einer Rede prangerte eine junge Spanierin den Völkermord in Palästina an und rief: „No pasarán!“ Die Social Media wiederum werden mit Posts geflutet, in denen das israelische Vorgehen im Gaza-Streifen mit den NS-Verbrechen gleichgesetzt wird.

In Deutschland zeigt sich der Wandel in der Erinnerungspolitik besonders deutlich in einer deutlichen Zunahme des Geschichtsrevisionismus und der Verharmlosung des Holocaust. Darauf möchte ich im folgenden etwas näher eingehen, auch wenn es sich dabei nicht um ein neues Phänomen handelt. Schon vor 1945 verbreiteten die Nazis Legenden, die die Schuld umkehrten, indem sie von jüdischen Plänen zur Zerstörung Deutschlands sprachen oder behaupteten, dass entweder die Juden, die Briten, die Polen oder die Sowjetunion für den Zweiten Weltkrieg verantwortlich seien. Nach dem Krieg griffen ehemalige Nazis und neue Rechtsextremisten diese Legenden wieder auf.

Das Ziel solcher Legenden war und ist es, die deutsche Geschichte als Erfolgsgeschichte neu zu interpretieren und die Verbrechen des Nationalsozialismus (sowie des deutschen Kolonialismus) kleinzureden, zu verharmlosen und zu relativieren oder die Schuld umzukehren, indem die Alliierten (oder angebliche jüdische Verschwörer) als die wahren Kriegsverbrecher und Schuldigen dargestellt werden.

Besonders verbreitet unter Rechtsextremen ist in Deutschland derzeit die Erzählung, die Amerikaner hätten im Frühjahr 1945 bis zu sechs Millionen deutsche Kriegsgefangene in den Rheinwiesenlagern umgebracht. Es wird vom Völkermord an den deutschen Soldaten gesprochen. Tatsächlich starben in den improvisiert eingerichteten Lagern etwa 6000 bis 10.000 deutsche Soldaten an Hunger und Krankheiten – eine Zahl, die weit entfernt ist vom rechtsextremen Mythos von einer oder sogar sechs Millionen Toten.

Und der Mythos der Rheinwiesenlager hat eine noch groteskere Begleit-erzählung. Danach waren die 10.000 verwesenden Leichen, die die Briten im April 1945 bei der Befreiung des KZ Bergen-Belsen im Lagergelände vorfanden, in Wirklichkeit keine KZ-Häftlinge und keine Juden, sondern tote deutsche Kriegsgefangene, die die Alliierten in KZ-Kleidung gesteckt haben, um das ganze der unschuldigen SS in die Schuhe zu schieben. Nahezu täglich werden wir in den Gedenkstätten von Besuchern mit diesem Mythos konfrontiert.

Wer Nationalismus und Stolz auf die deutsche Geschichte propagiert und Rechtsextremismus für die Mehrheit akzeptabel machen will, muss versuchen, rechtsextremes Denken und Handeln vom Stigma der NS-Verbrechen zu befreien, sie sozusagen zu entkriminalisieren. Entweder werden die NS-Verbrechen kleingeredet und, wie es der AfD-Ehrenden Vorsitzende Alexander Gauland sagte, als „Vogelschiss“ in einer ansonsten glorreichen deutschen Geschichte beschrieben, oder die Schuld für die NS-Verbrechen wird auf andere abgewälzt.

Seit gut zehn Jahren behaupten Rechtsextreme und Rechtspopulisten (zuletzt die AfD-Vorsitzende Alice Weidel in einem Gespräch mit Elon Musk) etwa, die Nazis seien eigentlich Linke gewesen, da sie sich selbst als National“sozialisten“ bezeichneten. Auf diese Weise versuchen sie, rechtsextremes Denken vom Stigma des Holocaust zu befreien und gleichzeitig ihre politischen Gegner damit zu belasten – eine klassische Täter-Opfer-Umkehr.

Nun sind Legenden wie die „Auschwitz-Lüge“ oder die Geschichte, dass es sich bei den Fotos von Leichen in den befreiten Konzentrationslagern in Wirklichkeit um tote deutsche Kriegsgefangene handelte, derart absurd, dass man sie als irrelevant abtun könnte. Aber viele Menschen glauben daran. Wie die Screenshots zeigen, tragen revisionistische Websites und Beiträge in sozialen Medien zweifellos erheblich dazu bei.

Was früher nur bei obskuren Verlagen mit Postfachadressen erhältlich war, ist heute nur noch einen Mausklick entfernt. Inhalte, die den Holocaust verharmlosen und den Nationalsozialismus verherrlichen, kursieren in Foren, Blogs und sozialen Netzwerken und verbreiten sich mit alarmierender Geschwindigkeit viral.

Dies zeigt sich auch an Gedenkstätten:

Immer häufiger sehen sich die Mitarbeiter dort mit Besuchern konfrontiert, die voller Überzeugung revisionistische Mythen verbreiten. Oft beginnt dies mit „Signalfragen“. Das sind scheinbar harmlose Fragen oder Behauptungen, deren revisionistischer Charakter für Menschen, die mit solchen Codes nicht vertraut sind, nicht sofort erkennbar ist.

Darüber hinaus werden Gedenkstätten in Deutschland zunehmend zum Ziel rechtsextremer Angriffe. Einige Beispiele aus der Gedenkstätte Buchenwald: Junge Neonazis posieren mit Hitlergruß vor dem ehemaligen Krematorium, Jugendliche fotografieren sich gegenseitig vor den Öfen und verhöhnen damit die Opfer, Hinweisschilder und Gedenktafeln werden mit Hakenkreuzen

beschmiert und Bäume, die an die Opfer des Konzentrationslagers Buchenwald erinnern, werden gefällt.

Die Verantwortung für diese Entwicklung liegt nicht nur bei anonymer Internetpropaganda, sondern auch bei politischen Akteuren, die revisionistische Mythen aktiv verbreiten und die Arbeit von Gedenkstätten diskreditieren. Dies gilt vor allem für die rechtsoffene bis rechtsextreme gemischte Szene aus Reichsbürgern, „Montagsdemonstranten“, Identitären, Pandemie-Leugnern, Putin-Anhängern sowie der Neuen und Alten Rechten – und für die AfD. Letztere ist sowohl Symptom als auch Motor dieser Entwicklung.

Geschichtsrevisionismus und die Ablehnung einer kritischen Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen gehören zum ideologischen Kernprogramm der AfD. In seiner berüchtigten Rede in Dresden im Januar 2017 wetterte der thüringische Parteivorsitzende Björn Höcke gegen die „dumme Politik der Vergangenheitsbewältigung“ und forderte eine „180-Grad-Wende in der Erinnerungspolitik“ und eine Geschichtspolitik, „die uns vor allem mit den großen Errungenschaften unserer Vorfahren in Kontakt bringt“.

Die AfD verharmlost jedoch nicht nur den Nationalsozialismus, sondern nimmt auch zunehmend positive Bezugnahmen auf den Nationalsozialismus vor, beispielsweise wenn sie im Prolog ihres Landtagswahlprogramms für Thüringen 2024 den radikalen Hitler-Verehrer und Antisemiten Franz Langheinrich zitiert oder wenn Björn Höcke in seinen sozialen Medien zustimmend ein Zitat von Arthur Moeller van den Bruck postet, der mit seinem Buch „Das Dritte Reich“ dem NS-Staat seinen Namen gab, oder wenn er behauptet, Europa werde von „raumfremden Mächten“ beherrscht, ein Begriff, den der NS-Verfassungsrechtler Carl Schmitt 1941 geprägt hat. Ein weiteres Beispiel ist ein X-Post von Björn Höcke von Ende Oktober 2024, in dem er eine antisemitische Karikatur aus einer SS-Zeitschrift teilte.

Mehrere AfD-Abgeordnete nutzten den Volkstrauertag im November 2024 ebenfalls, um die Rollen von Tätern und Opfern zu vertauschen und den von den Nazis eingeführten Begriff „Helden-Gedenktag“ wiederzubeleben.

Die AfD-Politiker, deren Positionen ich hier skizziert habe, sind nicht nur eine Handvoll Außenseiter. Im Gegenteil: In Thüringen, dem Bundesland, in dem sich die Gedenkstätte Buchenwald befindet, hat die Partei, die sie vertreten, nach aktuellen Umfragen einen Stimmenanteil von fast 40 Prozent der Stimmen.

Nicht nur in diesen expliziten Rechtsextremisten, die sich seit jeher gegen die Aufarbeitung der NS-Verbrechen ausgesprochen haben, sehe ich eine virulente Gefahr für unsere Erinnerungskultur. Sorgen bereitet ebenso, dass auch in der Mitte der Gesellschaft das Bewusstsein für die Bedeutung der Auseinandersetzung für unsere demokratische Selbstverständigung in den letzten Jahren deutlich nachgelassen hat. Dies ist sicherlich eine Folge der zunehmenden Distanz zum Zweiten Weltkrieg, aber auch des allgemeinen politischen Rechtsrucks, nicht nur in Deutschland.

Dass der bayerische stv. Ministerpräsident Aiwanger 2023 im Amt bleiben konnte, obwohl er sich nicht ausreichend von dem Inhalt eines radikalen antisemitischen Flugblattes distanzieren wollte, das 30 Jahre zuvor in seiner Schultasche gefunden worden war, wäre vor zehn Jahren wohl noch undenkbar gewesen.

Aufschlussreich ist auch das Programm der CDU/CSU, der Partei von Bundeskanzler Merz, für die letzten Bundestagswahlen im Februar. Immerhin widmet die Union darin dem Thema Erinnerung und Geschichte zwei Seiten – mehr als jede andere Partei. Allerdings finden sich auf diesen beiden Seiten nirgendwo Hinweise auf die Shoah. Auch der Nationalsozialismus wird nicht namentlich erwähnt. Es wird nur undifferenziert und verallgemeinernd von

den „beiden totalitären Regimes in Deutschland“ gesprochen (und das auch nur in einer halben Zeile).

Das DDR-Unrecht hingegen wird ausdrücklich benannt und gefordert, dass es weiter aufgearbeitet werden müsse. Drei Viertel des Abschnitts über Erinnerungskultur widmen sich der Flucht und Vertreibung von Deutschen aus den ehemaligen Ostgebieten. Ich hätte nicht erwartet, dass die CDU im Jahr 2025 einen solchen Rückschritt in die 1950er Jahre macht, als sich die Deutschen als die wahren Opfer des Zweiten Weltkriegs sahen. Und die Tatsache, dass das Ganze mit nationalkonservativen Begriffen wie „Leitkultur“, „Identität“, „Nation“, „Bräuche“, „Traditionen“ und „deutsches Kulturerbe in Osteuropa“ garniert ist, macht es noch schlimmer. Es klingt kaum anders als das Wahlprogramm der AfD.

Diese beunruhigende Erkenntnis wird durch die Ernennung des Verlegers Wolfram Weimer zum Bundesminister für Kultur untermauert. Die eben genannten Begriffe finden sich auch in seinem Buch „Konservatives Manifest“ aus dem Jahr 2018 wieder.

„Die Heimat lieben“, „die Nation ehren“, „das kulturelle Erbe kennen“ und „Traditionen pflegen“ sind die zentralen Kapitel des Bandes, der gespickt ist mit Zitaten von Oswald Spengler, einem Pionier der „Konservativen Revolution“ der 1920er Jahre, die den Weg für die Nazis ebnete. „Kaum ein Deutscher blickt weiter zurück als bis 1933“, beklagt er in seinem Manifest (S. 59) und schreibt an anderer Stelle, dass Europa seine Geschichte hasse, anstatt sie auf sinnvolle Weise zu lieben. Das klingt sehr nach dem „nationalen Masochismus“ des neuen rechten Denkers Armin Mohler.

In seinen ersten Tagen als Kulturminister betonte Weimer schnell, wie wichtig es sei, sich mit den Verbrechen der Nazis und den Ungerechtigkeiten der DDR sowie dem Kolonialismus auseinanderzusetzen. Wir werden ihn nach seinen Taten beurteilen.

Meine Diagnose des erinnerungspolitischen Klimawandels wäre unvollständig, wenn ich nicht auch auf die Versuche von Linken eingehen würde, die Verbrechen der Nazis zu relativieren oder herunterzuspielen. Seit einigen Jahren beschäftigt und der sogenannte Historikerstreit 2.0, der noch vor dem Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023 von antikolonialen Aktivistinnen und Vertretern der post colonial studies ausgelöst wurde, die behaupteten, die Erinnerung an die Shoah hindere die Menschen daran, sich mit kolonialer Gewalt (sowohl historischer als auch aktueller, beispielsweise durch israelische Siedler) auseinanderzusetzen.

Literaturwissenschaftler wie Michael Rothberg und Historiker wie Jürgen Zimmerer, der im März 2021 in der ZEIT einen Artikel mit dem programmatischen Titel „Enttabuisiert den Vergleich!“ veröffentlichte, argumentieren, dass die Fixierung auf die Shoah und das Beharren auf ihrer Singularität zu einem historisch-politischen und damit unwissenschaftlichen Dogma verkommen sei, das eine Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Kolonialismus verhindere. Außerdem, so argumentieren sie, werde sie dazu benutzt, Kritik an Maßnahmen der israelischen Regierung, insbesondere an ihrer Siedlungspolitik, als antisemitisch zu diskreditieren.

Und schließlich haben laut dem australischen Historiker A. Dirk Moses in einer polemischen Broschüre, die im Mai 2021 veröffentlicht wurde, die Fixierung auf die Shoah und die Ablehnung des Antisemitismus sakrale Züge angenommen und sind zu einer Art Katechismus geworden, dessen Protagonisten als „Hüter des Glaubens“ oder sogar als „Hohepriester“ agieren.

Dies unterscheidet sich kaum von Wolfram Weimers Angriff auf „Besserungspädagogen“ und die „Hohepriester des Gutmenschentums“ in seinem Konservativen Manifest von 2018. Und wenn junge Deutsche in Berlin „Free Palestine from German guilt“ skandieren, ist das nichts anderes als eine linke

Variante der Schuld kult-Erzählung, mit der Rechtsextreme Gedenkstätten und unsere Erinnerungskultur insgesamt abschaffen wollen.

Insbesondere im Hinblick auf den Krieg im Nahen Osten ziehen viele Aktivisten falsche historische Analogien zur Shoah. Pro-palästinensische Aktivisten setzen den tatsächlichen oder angeblichen Völkermord in Gaza mit Auschwitz und Buchenwald gleich, und pro-israelische Aktivisten vergleichen das terroristische Massaker der Hamas vom 7. Oktober 2023 mit der Shoah. Keiner dieser Vergleiche ist analytisch korrekt, und beide relativieren die NS-Verbrechen.

Wie sollten Gedenkstätten, Museen und Wissenschaft auf diese Entwicklung reagieren?

Zunächst einmal ist es wichtig, die etwas veraltete Erinnerungskultur zu erneuern, die manchmal in Pathos und Entlastungsnarrativen erstarrt ist. Wenn wir etwas aus der Geschichte des Nationalsozialismus lernen wollen, reicht es nicht aus, einfach nur um die Opfer zu trauern.

Sicherlich stehen die Opfer im Mittelpunkt der Erinnerung, indem man diejenigen ehrt, die von den Nazis verfolgt und ermordet wurden. Die zeitgenössische Erinnerungsarbeit im Sinne einer historisch-politischen Bildung muss sich jedoch viel stärker als bisher auf die Täter, Profiteure und Zuschauer konzentrieren und sich mit der Frage ihrer Motivationsstruktur auseinandersetzen.

Vor allem muss sie fragen, wie in der NS-Gesellschaft das Wechselverhältnis zwischen der Ausgrenzung politisch oder rassistisch unerwünschter Personen einerseits und Integrationsangeboten an die propagierte „Volksgemeinschaft“ andererseits funktionierte: Die Geschichte der historischen Orte muss in den jeweiligen Gedenkstätten gesellschaftsgeschichtlich gerahmt und eingeordnet werden.

Das bedeutet, dass wir unsere Aufmerksamkeit auch auf die Frühphase des Nationalsozialismus und das Netzwerk des Terrors richten müssen: Auschwitz, Buchenwald und Bergen-Belsen waren keine isolierten Orte. Mit ihren Außenlagern reichten sie bis in jeden Winkel Deutschlands und waren in ein Netzwerk anderer Orte der Verfolgung und Ermordung eingebunden: Kriegsgefangenen- und Zwangsarbeitslager, „Euthanasie“-Anstalten, Gefängnisse, Gestapo-Zentralen. Und Opfer waren nicht nur Juden, sondern auch Sinti und Roma, politische Gegner, Kranke und Menschen mit Behinderungen, zivile Zwangsarbeiter (vor allem aus Polen und der Sowjetunion), Kriegsgefangene (mehr als 3 Millionen sowjetische Kriegsgefangene starben in deutscher Haft), Homosexuelle und Menschen, die als „Asoziale“ und „Kriminelle“ verfolgt wurden.

Auf den ersten Blick sind die NS-Verbrechen derart monströs, dass sie nicht vorstellbar und auch nicht erklärbar zu sein scheinen. „Unvorstellbar“, schrieb der Buchenwald-Überlebende Robert Antelme 1947, „das ist ein Wort, das sich nicht teilen lässt, das nicht einschränkt. Es ist das bequemste Wort. Läuft man mit diesem Wort als Schutzschild umher, diesem Wort der Leere, wird der Schritt sicherer, fester, fängt sich das Gewissen wieder.“

Diesem „bequemen Schutzschild“ muss eine erneuerte, geschichtsbewusste und zugleich gegenwartsbezogene Erinnerungskultur eine bewusste Verunsicherung entgegensetzen: den Versuch, zu erklären, warum sich so viele Deutsche an den NS-Verbrechen beteiligt, sie überhaupt erst möglich gemacht haben. Das bedeutet, Fragen aufzuwerfen: Wer hat etwas getan, warum hat er es getan, welche Folgen hatte das für die Opfer, wer waren die Opfer, in welchem Kontext geschahen die Verbrechen?

Gerade, wenn man sich vor Augen hält, dass die Verbrechen inmitten der Gesellschaft, in aller Öffentlichkeit begangen wurden, dann ruft das weitere Fragen hervor: Was hatten Weimar mit Buchenwald, Hamburg mit

Neuengamme, Oranienburg mit Sachsenhausen zu tun? Warum machten die meisten Deutschen bis zum Ende des Krieges mit, profitierten selbstmobilisierend von „Arisierungen“ und Zwangsarbeit? Warum stießen die Lager in ihrem gesellschaftlichen Umfeld auf breite Akzeptanz, wurde die Gesellschaft zum Teil des Lagerzauns? Was motivierte Industrielle und Kleinunternehmer, auf Zwangsarbeit zu setzen? Was bewog Anwohner der Lager und Ghettos, deren Insassen feindselig zu begegnen oder bestenfalls wegzusehen, statt zu versuchen, ihnen zu helfen? Und schließlich die zentrale Frage: Wie konnte es dazu kommen?

Die Antwort auf diese Fragen kann exemplarisch in den sich über ganz Deutschland erstreckenden Gedenkstätten gegeben werden. Sie liegt in einem Bündel habitueller, struktureller und ideologischer Faktoren, die ich zumindest stichwortartig nennen möchte:

- Gewöhnung an Gewalt und Ausgrenzung
- Das emotionale Angebot, dazu zu gehören
- Verheißungsangebote der Ungleichheit
- Ideologien der Ungleichwertigkeit
- Gruppendruck
- Ideologische Indoktrination
- Rassistische und antisemitische Überzeugungen
- Sicherheits- und Kriminalisierungsdiskurse gegenüber den Ausgegrenzten
- Angst vor allem „Fremden“
- und schließlich die Obrigkeitshörigkeit oder allgemeiner: autoritäres Denken.

Hier zeigt sich ein erschreckender Gegenwartsbezug: Viele der genannten Faktoren sind nicht spezifisch nationalsozialistisch geprägt, sondern entfalten mehr oder weniger stark auch heute noch bei vielen Menschen ihre Wirkung – und das jenseits falscher Analogiebildungen.

Das zeigt schon ein schneller Blick auf die gegenwärtige politische Landkarte: Die Gegner der liberalen, offenen Demokratie schaffen es überall auf der Welt mit denselben Mitteln, Wählerstimmen zu sammeln: Angstmacherei, vor allem gegenüber den „Fremden“, Schüren des Nationalismus, Diffamierung und Ausgrenzung politischer Gegner als „Volksfeinde“ (die Nazis nannten sie „Gemeinschaftsfremde“ oder „Volksschädlinge“).

Gegenüber solchen Angriffen auf Demokratie und Menschenrechte sind wir alle gefordert, Position zu beziehen und damit auch in aktuelle politische Debatten einzugreifen, indem wir Parallelen, aber auch Unterschiede differenziert und wissenschaftlich fundiert herausarbeiten. Ziel muss es sein, Geschichtsbewusstsein und historisches Urteilsvermögen in der Gesellschaft zu stärken.

Wie nötig das ist, zeigt die zunehmende Relativierung, Verharmlosung und Indienstnahme der NS-Geschichte und ihrer Opfer durch extrem Rechte und andere. Das Problem reicht aber, wie ich bereits ausführte, bis in die Mitte der Gesellschaft. Ihr unzureichendes Geschichtsbewusstsein ist auch Folge unserer in Pathos, Kitsch und Entlastungsritualen erstarrten Erinnerungskultur und eines defizitären Geschichtsunterrichts wie auch der Präsentation von Geschichte in Öffentlichkeit und Medien: Der Blick auf die Geschichte beschränkt sich entweder auf schwülstiges Pathos und Betroffenheitskitsch – oder auf das Lernen von Daten, Namen und Ereignissen; beides, ohne Zusammenhänge zu reflektieren.

Geschichtsbewusstsein ist umfassender. Es bedeutet, historische Prozesse einschließlich ihrer Ursachen und Folgen und die historische Bedingtheit des eigenen Lebens zu verstehen. Das kann nur in einem selbstreflexiven Prozess einer intensiven Auseinandersetzung mit der Geschichte geschehen.

Wer die Gegenwart geschichtsbewusst betrachtet, kann und muss sich auch aus den Gedenkstätten heraus gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus (von wem auch immer), Rassismus und Verschwörungsideologien positionieren. Dazu gehört auch, der Normalisierung rechtsextremer, antidemokratischer und historisch revisionistischer Diskurse durch historisch-politische Interventionen im öffentlichen Raum entgegenzuwirken. Solche Diskurse sind nicht einfach eine andere Meinung, über die diskutiert werden kann, sondern sie stellen als Angriffe auf die reflexive Erinnerungskultur eine wesentliche Grundlage unseres demokratischen Zusammenlebens in Frage.

Hier ist es besser, klar Stellung zu beziehen und Intoleranz in ihre Schranken zu weisen, beispielsweise durch ein Verbot für AfD-Funktionäre, an Gedenkveranstaltungen teilzunehmen, als solche Positionen zu dulden und damit gesellschaftsfähig zu machen – auch wenn sich die Provokateure dann als Opfer angeblicher Ausgrenzung darstellen. Denn das tun sie ja sowieso.

Gegenüber der Verharmlosung der NS-Verbrechen gibt es keine Neutralität. Auf ein konkretes Beispiel möchte ich etwas näher eingehen: Im August 2024, wenige Wochen vor der Landtagswahl, schickten wir per Postwurfsendung einen Brief an 350.000 Thüringer Haushalte, in dem auf geschichtsrevisionistische und holocaustverharmlosende Positionen der AfD Thüringen hingewiesen und gebeten wurde, demokratische Parteien zu wählen. Finanziert war die Postwurfsendung mit Spendenmitteln der Plattform Campact.

Die AfD klagte daraufhin gegen die Stiftung wegen angeblicher Verletzung der Neutralitätspflicht. Zudem behauptete sie, die Hinweise der Gedenkstätte auf geschichtsrevisionistische Positionen der Partei seien falsch. Das Gericht wies die Klage ab. In seinem Beschluss vom 5.11.2024 heißt es: „Der Brief bietet keinen Anlass zur Beanstandung. Die in ihm mitgeteilten Tatsachen sind zutreffend und die Wertungen und Interpretationen beruhen auf einem jeweils sachgerecht gewürdigten Tatsachenkern.“ Und: Die Gedenkstätte „darf auch im Hinblick auf eine bevorstehende Wahlentscheidung konkrete Tatsachen mitteilen und bewerten.“

Grundsätzlich sind die Passagen im Gerichtsbeschluss zum angeblichen Neutralitätsgebot: Die Gedenkstätte, so das Gericht, „ist berechtigt, in aktuelle Diskussionen zu den Opfern, deren in den Gedenkstätten der Antragsgegnerin gedacht wird, einzutreten und selbst zu allen Fragen im Zusammenhang mit den Opfern und zu der Gestaltung der Erinnerungsarbeit Stellung zu nehmen. Dabei darf die Antragsgegnerin auch Äußerungen Dritter, die das Gedenken und Erinnern an die Opfer berühren, bewerten und einordnen. Eine solche Einordnung kann nicht neutral erfolgen, sondern setzt das aktive Eintreten für die Opfer voraus.“

Deutlich formuliert das Gericht also, dass es für eine Gedenkstätte gegenüber der Fälschung von Geschichte zu Lasten der Würde der Opfer keine Neutralität geben kann.

Eine aktive, kritische, gegenwartsbezogene, handlungsorientierende und politisch wachsame Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit ist mühsamer als das unterschiedslose Beweinen der Toten des 20. Jahrhunderts oder der Konsum hohler Pathosformeln. Nachdenken und forschendes Lernen sind anstrengend. Aber sie lohnen sich – nicht nur in den Gedenkstätten, sondern auch in den Schulen und Universitäten wie überhaupt in der gesamten Gesellschaft, und nicht nur an Gedenktagen wie dem 9. November oder dem 27. Januar, sondern auch an den übrigen 363 Tagen im Jahr.